



Foto: dpa

Der falschen Wirtschafts- und Finanzpolitik über nationale Grenzen hinweg Widerstand entgegen setzen. In Brüssel nahmen mehr als 70.000 Menschen an einer Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes teil.

Der Kapitalismus entwickelt sich ungehemmt gemäß seinen eigenen Prinzipien

## Die neoliberale Glaubenswelt – so schlicht wie unzutreffend

Seit Jahren das gleiche Spiel: Sobald negative Wirtschaftsdaten publik werden wie unlängst zur Rekordarbeitslosigkeit, beteuern die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien, mit den eingeleiteten Reformen, die durchzusetzen andere sich früher nicht getraut hätten,

sei man auf dem Weg der Besserung. Diesen gelte es unbeirrt durchzuhalten. Vor zusätzlichen „Reform“-Zunehmungen auf der nach oben offenen Clement-Skala, z.B. noch niedrigere Unternehmenssteuern, ist man dabei niemals sicher.

Der Opposition gehen die bisherigen Maßnahmen regelmäßig nicht weit genug. Ihr zufolge kann es einen deutlichen Wirtschaftsaufschwung nur geben, wenn Steuern, Löhne und Sozialtransfers noch stärker abgesenkt werden und entschieden mehr „Bürokratie“ (sprich vor allem: Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Flächentariife) abgebaut wird.

### Neue Zumutungen auf der „nach oben offenen Clement-Skala“

Mag im Nachrichten- und Börsenteil der Medien auch viel über Exportüberschüsse und Rekordgewinne von führenden Großunternehmen und -banken berichtet werden, wenn es ans Kommentieren geht, singen Arbeitgeberfunktionäre wie Dieter Hundt, ihre Politökonomien wie Hans-Werner Sinn und Norbert Walter und bis auf wenige Ausnahmen renommierte Journalistinnen das immer gleiche Lied von der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Eine Talkrunde nach der anderen, oft genug besetzt mit den gleichen hochdotierten „Experten“, verkündet den Fernsehkonsumenten, was die Chefetagen an weiterem Verzicht für unverzichtbar halten.

Für den sicher nur vorläufigen Höhepunkt sorgte Mitte März Bundespräsident Köhler mit einer Rede, die in ihren Forderungen deutlich über die rotgrüne „Agenda 2010“ hinausging und für die er vom Arbeitgeberforum in Berlin mit stehenden Ovationen und von anderen Parteigängern einer noch radikaleren neoliberalen Politik mit Elogien bedacht wurde.

### Insgesamt wird mehr erwirtschaftet

Es gehört zu den Widersprüchen unserer Zeit, dass die Entwicklung der Arbeitsproduktivität bei vernünftiger Verteilung des Arbeitsvolumens und entsprechender Rahmensteuerung der Marktprozesse durchaus die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, kürzere individuelle Arbeitszeiten und die Befriedigung wachsender gesellschaftlicher und individueller Bedürfnisse nach mehr Lebensqualität erlauben würde, dass wir stattdessen jedoch eine weitere Zunahme von Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig gesteigerter Mehrarbeit und -belastung der noch Beschäftigten erleben.

Obwohl unsere Gesellschaft als Ganzes so reich ist wie nie zuvor, nimmt inmitten des Überflusses der Mangel zu, und kommt es zu sozialen Spaltungen in neuen Größenordnun-

gen. Ein Beispiel ist die gestiegene Kinderarmut. Auch wenn das Sozialprodukt langsamer wächst als in früheren Zeitspannen, wird doch insgesamt nicht weniger, sondern mehr erwirtschaftet. Die Früchte der Arbeit werden jedoch mehr denn je von den Lohn- und Gehaltsempfängern und den Beziehern von Transfereinkommen zu den Eigentümern der Wirtschaftsmittel und Besitztitel umverteilt.

### Die Früchte der Arbeit werden umverteilt

Die gewachsenen Möglichkeiten zu größerem sozialem Ausgleich und zur freieren Entfaltung aller werden konterkariert von massiver Umverteilung, marktradikaler Neuordnung des Arbeits- und Sozialrechts, vom Rückzug des Staates aus volkswirtschaftlicher und sozialer Verantwortung, von öffentlicher Selbstverarmung und Privatisierung der sozialen Risiken.

Mit Blick auf den Weltmarkt wird die Schwächung des Binnenmarktes schon viel zu lange notorisch in Kauf genommen. Bis auf wenige Ausnahmen versuchen alle Kapitale – ob groß, mittel oder klein und gleichgültig, ob dieses über kurz oder lang gegen sie selbst zurückschlägt oder nicht – die Gunst der veränderten Situation zu nutzen, um zu möglichst

vorteilhaften Bedingungen für ein Minimum an Löhnen und Gehältern ein Maximum an Leistung aus den Beschäftigten herauszuholen. In großem Umfang kommt es zur Reetablierung unwürdiger Abhängigkeitsverhältnisse.

### Der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung zurück

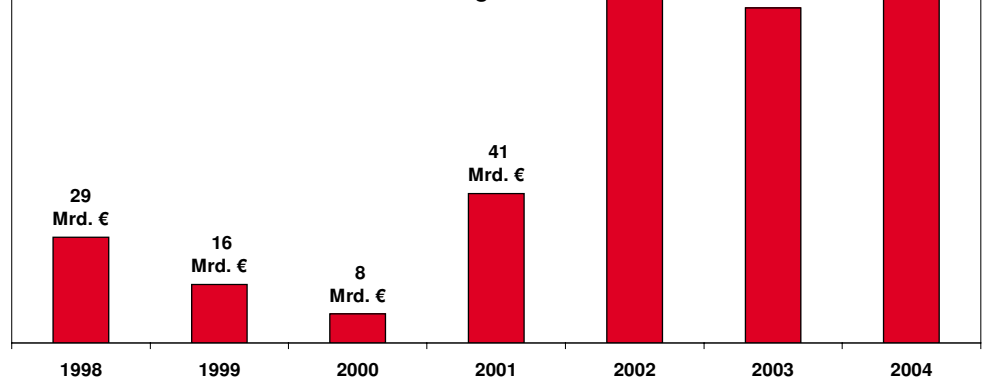
Womit wir es zu tun haben, ist ein Kapitalismus, der sich ungehemmter seinen eigenen Prinzipien gemäß entwickelt und schon gar nicht durch patriotische Maßhalteappelle zu ändern ist. Seit gut drei Jahrzehnten ist die gesellschaftliche Reichtumsproduktion und

-verteilung in den entwickelten Ländern geprägt durch Verhältnisse einer strukturellen Überakkumulation von Kapital. Für viele Akteure ist es erheblich schwieriger geworden ihre Gewinnraten und Gewinnmassen zu halten und weiter zu steigern. Kasino-Kapitalismus und Börsenkult sind Ergebnisse und Ausdruck einer stagnierenden Realakkumulation. In größerem Umfang investiert wird vor allem in Rationalisierungen und Firmenübernahmen. Auch neue Anlagebereiche wurden und werden erschlossen; dazu zählen insbesondere die öffentlichen Dienste.

### Patriotische Maßhalteappelle wirken nicht

Der neoliberale Paradigmenwechsel in der Politik und die veränderte Rolle des Staates resultieren aus deutlich veränderten Interessenlagen und verschobenen Kräfteverhältnissen. Die wiederkehrenden öffentlichen Verschlingungskuren folgen in erster Linie dem Gebot der dauernden Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität. Eine Kürzung bereitet die nächste vor.

## Exportüberschuss Saldo von Waren und Dienstleistungen



Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Erste Ergebnisse der Inlandsproduktberechnung, Wiesbaden 2005

Deutschland konnte im Jahr 2004 seine Position auf den Weltmärkten noch einmal deutlich verbessern. Der Exportüberschuss stieg um 27 Prozent! Von 92 Milliarden Euro auf fast 120 Milliarden Euro. Damit lief es gut in den exportorientierten Produktionsbereichen – vor allem bei Maschinen, Kraftwagen, Metall-, Chemie- und Elektroerzeugnissen. Die Schattenseite der Entwicklung: Die Löhne hinken der Entwicklung im Euroraum hinterher. Das hat das bedeutendere Standbein der Wirtschaft weiter geschwächt: die Binnennachfrage. Denn: 80 Prozent der Beschäftigten arbeiten für den Binnenmarkt und 20 Prozent für den Export. Ein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen war die Folge.

Anders als bei einem Familienhaushalt bewirken Einsparungen beim Staat in einer Krisensituation nicht nur weniger Ausgaben, sondern auch weniger zukünftige Einnahmen. Sie verringern zusätzlich die ohnehin zu knappe Gesamtnachfrage. Würden mehr der gesellschaftlich vorhandenen Mittel für Löhne und Gehälter ausgegeben, mehr öffentliche Investitionen in den reichlich vorhandenen Defizitbereichen getätigt, das Arbeitsvolumen anders verteilt und das Ganze insbesondere durch eine andere nationale und europäische Steuerpolitik flankiert, sähe vieles anders aus.

Keynesianische Politik, die in Zeiten massiver Arbeitslosigkeit, brachliegender Kapazitäten und unzureichender Nachfrage durchaus begrenzten Sinn macht, wird jedoch von der Kapitaleseite und vielen ihrer Parteigänger schon deshalb gescheut, weil sie davon eine Einschränkung unternehmerischer Investitionsautonomie befürchten. Sie setzen lieber auf die Flucht nach vorn, auf weiteren Sozialstaatsabbau und faktische Schwächung der Gewerkschaften, auf noch mehr Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten bzw. auf abhängige Beschäftigung Angewiesenen. Der

## DGB-Bundesausschuss zum „Jobgipfel“ von Regierung und Opposition

# Die Unternehmen müssen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen

Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet von dem Spitzentreffen von Regierung und Opposition Entscheidungen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland. Der Bundesausschuss des DGB, das höchste Gremium zwischen den Bundeskongressen, hat dazu auf seiner Sitzung in Aachen folgende Erklärung beschlossen:

„Die deutsche Politik muss energische Schritte zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit unternehmen. Die Politik des Kürzens, Streichens und Sparens hat in eine Sackgasse geführt. Auch der angebliche Pakt für Deutschland von CDU und CSU ist ein Pakt gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Gipfel darf nicht in einer Diskussion über Unternehmenssteuern stecken bleiben. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind es leid, immer nur Opfer zu bringen, ohne dass sich ihre Lage verbessert. Statt Zukunftsangst und Unsicherheit muss Vertrauen wachsen.“

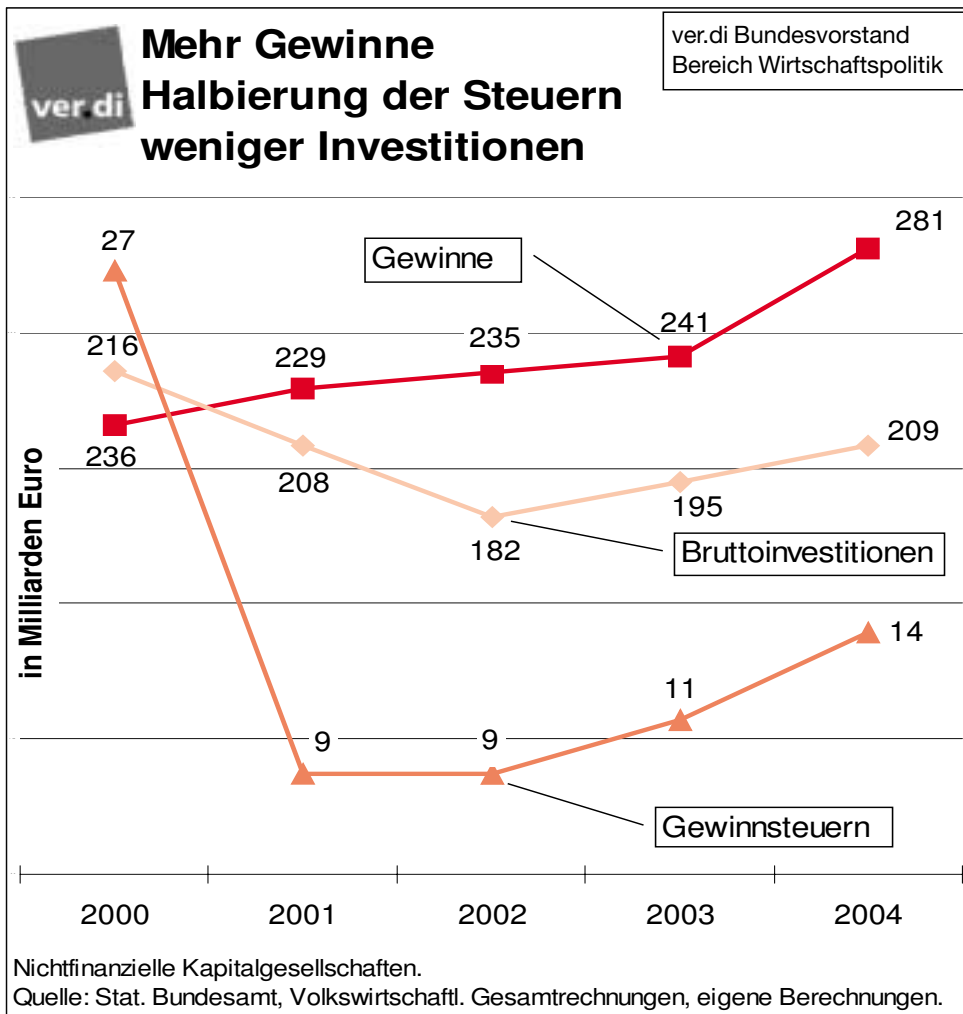
Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass Bundesregierung und Opposition nun neue Wege im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit einschlagen. Deshalb fordern die Gewerkschaften:

- die nachhaltige Erhöhung der öffentlichen Investitionen in Bildung, Forschung, Entwicklung und die Infrastruktur mindestens auf EU-Durchschnitt
- eine bessere Finanzausstattung der Städte und Gemeinden, um die kommunale Infrastruktur auf einen modernen Stand zu bringen
- eine Politik für Innovationen. Wirksame Schutzrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Tarifautonomie, Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen tragen dazu bei
- eine Reform der Sozialversicherungssysteme, u.a. durch Einführung der Bürgerversicherung
- ein Konzept für die Einführung öffentlich geförderter Beschäftigung, die anständig bezahlt wird

- die bessere Integration von Jugendlichen und älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den ersten Arbeitsmarkt

Deutschland hat im internationalen Wettbewerb kein generelles Kostenproblem. Deutschland ist Exportweltmeister. Jede Diskussion über Verlängerung der Arbeitszeiten ist kontraproduktiv für den Arbeitsmarkt. Mehrarbeit muss in Jobs umgewandelt werden. Die verwundbare Stelle unserer Volkswirtschaft ist die seit Jahren chronisch schwache Binnennachfrage mit dramatischen Folgen für den Arbeitsmarkt. Alle Politik muss darauf zielen, die Wirtschaft insgesamt wieder in Schwung zu bringen.

Die Gewinne der Unternehmen und Vermögenden sind auf einem 30-Jahreshoch. Die Unternehmen sind in den vergangenen Jahren massiv von Steuern und Abgaben entlastet worden. Dies hat keinen Investitionsschub ausgelöst. Die Unternehmen müssen investieren und damit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen.“



Mehr als 60 Milliarden Euro Steuergeschenke erhielten Aktiengesellschaften und GmbHs in den letzten vier Jahren. Zeitweise haben sie bei der Körperschaftsteuer sogar noch Erstattungen erhalten. Auch im Januar 2005 kassierten sie wieder 180 Millionen Euro Rückerstattungen. Und das obwohl die Gewinne so richtig sprudeln. Bestätigt haben die gigantischen Geschenke aber eines: Steuerentlastungen für Unternehmen taugen nicht als Investitionsanreiz. Denn zeitgleich mit den Steuersenkungen sind die Investitionen auf breiter Front zurückgegangen. Statt Steuersenkung brauchen Unternehmen Kundschaft und Aufträge. Wer Unternehmensteuern senken will, schafft nur neue Sachzwänge für weitere Sparrunden. Das schnürt die Nachfrage zusätzlich ein, zum Beispiel durch fehlende Ausgaben für Verkehr, Bildung und Erziehung. Mehr Kundschaft und Aufträge gibt es so nicht.

Teufelskreis von Wachstumsschwäche, Umverteilung und Arbeitslosigkeit wird so nicht durchbrochen, sondern verstärkt.

### Der Teufelskreis wird nicht durchbrochen

Die neoliberale Verheißung, eine nachhaltige Verbesserung der „Angebotsbedingungen“ werde quasi von selbst zu deutlich mehr Investitionen und damit auch zu mehr Arbeitsplätzen und Einkommen führen, hat sich stets aufs Neue empirisch blamiert. Der deutsche Arbeitsmarkt ist nicht rigider als in anderen Ländern, die Sozialleistungsquote liegt im europäischen Mittelfeld, auch die tatsächliche Steuerbelastung der Unternehmen ist mit rund 22% deutlich niedriger als der Durchschnittswert 29,8% für die 15 alten EU-Länder. Bei einer Gewinnsumme von 185 Mrd. Euro zahlten Kapitalgesellschaften in 2001 noch 22 Mrd. Steuer, in 2003 waren es nur noch 16 Mrd. bei rund 300 Mrd. Gewinn.

Dennoch, trotz Hartz und alledem gibt es keine wirkliche Besserung am Arbeitsmarkt. Die interessierte Standardreaktion lautet monoton, die entsprechenden Maßnahmen hätten nicht gegriffen, weil sie noch nicht dras-

tisch genug ausgefallen seien. Also: Wenn die Medizin dem Patienten nicht geholfen hat, muss halt weiter kräftig nachgeschüttet werden.

Einmal mehr zeigt sich, dass mit von Grund auf fehlerhaften Theoriekonstrukten zwar partikuläre Interessen bedient, aber auf Dauer keine gesamtgesellschaftlich wünschenswerten Ergebnisse befördert werden können. Die neoliberale Glaubenswelt ist so schlicht wie unzutreffend.

### Ausgangspunkt ist der homo oeconomicus

Ausgangspunkt ist unverändert der „homo oeconomicus“, ein im Prinzip von allen konkret-historischen Gesellschaftsbezügen losgelöst gedachter Mensch, der seinen individuellen (Teil- wie Gesamt-)Nutzen aus Vorräten knapper Güter zu mehren versucht. Danach besteht Wertschöpfung nicht wesentlich in gesellschaftlicher, auf Märkten rechenbar gemachter Arbeit, sondern vollzieht sich als Wertschätzung vor allem in der Psyche der individuellen Subjekte. Zwar lassen sich aus individuell unterschiedlichen Nutzenempfindungen keine äußeren Preisgrößen ableiten, den-

noch soll alles wirtschaftliche Geschehen, sollen alle Mengen- und Preisbewegungen – wie auch immer – letztlich auf Nutzen- und Vorteilsabwägungen einzelner Kunden beruhen, die immer schon als kaufkräftig angenommen werden.

So gibt es – genau genommen – stets nur Gewinner, weil alle Akteure sich von dem, was sie jeweils unternehmen, immer noch größere Vorteile, größeren Nutzenzuwachs versprechen als von dem, was sie unterlassen. Folgerichtig wird schließlich unterstellt, dass Arbeitslose deshalb arbeitslos bleiben, weil sie ihren individuellen Freizeitvorteil höher veranschlagen als ein mit Arbeitsleid verbundenes höheres Einkommen.

Sofern Institutionen wie Staat oder Gewerkschaften sich nicht störend einmischen, tendiert alle ökonomische Interaktion der informierten und rational handelnden Einzelnen bei vollständiger Konkurrenz zum optimalen Gleichgewicht, das sich dann wunderbar schön mathematisch darstellen lässt.

Da im Kern Verhältnisse eines unentwickelten Naturaltauschs zugrunde gelegt werden, schafft sich auch immer jedes Angebot seine Nachfrage. Mit der wirklichen Welt, ihren systematisch ungleichen Bedingungen, ihren ökonomischen Aggregaten, die sich gegeneinander verselbstständigen können, ihrem Geld, das nicht bloßes Tauschmittel ist, hat diese virtuelle Welt der Neoklassik herzlich wenig zu tun.

### „Der Kapitalismus vollbringt jetzt das, wozu er gut ist“ (FAZ)

Bislang wird eher vereinzelte Kritik an ihr laut, hin und wieder sogar in renommierten Medien wie der Financial Times Deutschland, der Frankfurter Rundschau oder der Süddeutschen. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, hinter der bekanntlich besonders kluge bürgerliche Köpfe stecken, finden sich im Feuilleton sogar Aussagen wie: „Und dass das Kapitalverhältnis auf Ausbeutung fußt, muss man nicht mehr, wie in den Siebzigern, mit Verweis auf die Dritte Welt mühsam herbeieduzieren, weil der Kapitalismus nach dem Umweg über allerlei Sozialkreppelel jetzt, da die sozialistische Konkurrenz besiegt ist, weltweit zu sich selber kommt und halt vollbringt, wozu er gut ist: Ausbeuten, Verwüsten, Krieg führen, sich von Krisen durchschütteln lassen, das ganze Programm.“ (FAZ, 31.01.2005, Nr. 25, S. 37).

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter tun jedenfalls gut daran, sich kein X für ein U vormachen zu lassen und gemeinsam mit anderen Betroffenen zu widerstehen – künftig verstärkt auch über nationale Grenzen hinweg. Arbeitslosigkeit, prekäre Jobs, Arbeitszeitverlängerungen, Lohnkürzungen, Renten Kürzungen, Steuersenkungen für Großverdiener, die Verwandlung von immer mehr öffentlichen Gütern in Tauschgüter usw. sind ökonomisch nicht unausweichlich. Nicht an Abwärtsspiralen mitzudrehen macht Sinn, sondern dafür einzustehen, dass alle Gruppen der Gesellschaft nach ihrem Leistungsvermögen zur Finanzierung des Gemeinwessens herangezogen werden und dass nicht weniger, sondern mehr Demokratie in der Arbeitswelt und der Gesellschaft überhaupt die richtige Antwort auf viele Fragen ist.

RICHARD LAUENSTEIN